

Deputation für Bildung
(staatlich)
Sitzungsprotokoll der 29. Sitzung

16. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2003 - 2007

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
07. September 2006	15.30 Uhr	17.00 Uhr	Rembertiring 8-12 28195 Bremen

Teilnehmer/innen:

siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Genehmigung des Protokolls vom 18. Juli 2006	
TOP 3	Verschiedenes	
TOP 4	Haushaltsansätze für Weiterbildungsträger	Vorlage L 213
TOP 5	Regionaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Bremen und Bremerhaven – Sachstand	Vorlage L 214
TOP 6	Nutzung der Selbstevaluationsinstrumente der Bertelsmann Stiftung in Bremer Schulen	Vorlage L 215
TOP 7	Ergebnisbericht VERA 2005: Bremen und Weiterführung des länderübergreifenden Projekts VERA ab dem Schuljahr 2006/2007	Vorlage L 216
TOP 8	Produktgruppencontrolling 2006 Produktplan Bildung, Stand 30.06.2006	Vorlage L 217/G 178
TOP 9	Abschluss einer Ziel- und Leistungsvereinbarung mit dem Landesinstitut für Schule für das Schuljahr 2006/2007	Vorlage L 218/G 175

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Der Tagesordnungspunkt wird ohne Änderung genehmigt.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 18. Juli 2006

Das Protokoll vom 18. Juli 2006 wird ohne Änderung beschlossen.

TOP 3 Verschiedenes

- 1) Der Sachstandsbericht zu den „**Maritimen Küstenprojekten**“ in Bremerhaven wurde versandt. Frau Stahmann erbittet von Senator Lemke eine Einschätzung zu den personellen Verquickungen im Bremerhavener Schulamt. Sie wirft die Frage auf, ob dies gängige Praxis sei. Darüber hinaus bittet sie um eine Erklärung, warum 18 teure Schwimmwesten angeschafft und nun der Tonnendachhalle übergeben werden, wenn diese doch eigentlich an Bord der Schiffe sein müssten. Frau Allers erwidert, dass diese Fragen nunmehr erschöpfend beantwortet seien. Frau Hövelmann stimmt Frau Stahmann insoweit zu, als das über derartige Unklarheiten natürlich berichtet werden muss. Dennoch sei die momentane Beantwortung bis zum endgültigen Abschluss des

Projektes ausreichend. Die Fraktion der SPD habe sich stets für Osterferienkurse ausgesprochen und bedauert, dass die Mittel in Bremerhaven nicht hierfür genützt wurden. Prof. Dr. Weiss (Magistrat Bremerhaven) bedauert sehr wie in der Öffentlichkeit mit der Person von Herrn Oberschulrat Dagott umgegangen wurde. Bisher ist das Projekt noch nicht abgeschlossen, es existiert keine Endabrechnung und folglich können auch noch keine Anschuldigungen über fehlerhafte Abrechnungen erhoben werden. Senator Lemke weist darauf hin, dass von seiner Seite mehrfach darauf hingewirkt wurde, alle Fragen korrekt zu beantworten. Er bemängelt jedoch, dass die Fragen für die Beantwortung in der Sitzung der staatlichen Deputation eigentlich zu kleinteilig waren. Er vertritt die Auffassung, dass die Fragen aufgeklärt wurden, die wenigen Restfragen, die noch zu klären sind, können erst nach der erfolgten Endabrechnung abschließend beantwortet werden. Die personellen Überschneidungen entsprechen nach seiner Kenntnis nicht den üblichen Vorgehensweisen. Für ihn sei aber das Ehrenamt ein bedeutender Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens, ein ehrenamtliches Engagement ist daher immer begrüßenswert. Wenn Fragen auftauchen müssen diese natürlich gestellt und beantwortet werden. Er erwartet eine Rückmeldung aus Bremerhaven nach Abschluss des Projektes. Frau Stahmann bemängelt in diesem Fall erneut die persönlichen Verquickungen. Darüber hinaus kritisiert sie die Antworten auf der inhaltlichen Ebene. Prof. Dr. Weiss (Magistrat Bremerhaven) erwidert, dass der Gestaltung der inhaltlichen Ebene ein politischer Beschluss zu Grunde lag. Die Tätigkeit von Herrn Oberschulrat Dagott an Bord sei rein ehrenamtlich gewesen, er habe für diese Zeit Urlaub genommen.

- 2) Frau Böschen fragt, wie weit der **Nichtraucherschutz in den Gebäuden des Senators für Bildung und Wissenschaft** - insbesondere im Hinblick auf das Nichtrauchergesetz - gediehen sei. Staatsrat Dr. Wewer erklärt, dass ein Gespräch mit dem Personalrat geplant sei um dies anzugehen.
- 3) Frau Böschen fragt, ob an der „**Zukunftswerkstatt Gute Schule**“ auch Gäste aus Bremerhaven teilnehmen können. Herr Feuser erwidert, dass die GSV Bremerhaven eingeladen wurde und gemeinsam mit dem Schulamt über eine ähnliche Veranstaltung nachgedacht werde.
- 4) Herr Willmann fragt nach den momentanen **Rückmeldungen aus den Schulen bezogen auf das Rauchverbot**. Herr Bothmann erwidert, dass es die größten Probleme im Sek. II-Bereich gebe. Diesen Problemen soll mit der Bannmeile entgegengewirkt werden. Er verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, dass sich dies mit dem Hochwachsen der jüngeren Schülerinnen und Schüler, die nie eine Schule kannten, in der geraucht wurde, erledigt. Derzeit gibt es an zwei Schulen Beschwerden der Anwohner, an einer Schule verweigert eine Lehrkraft die Einhaltung des Rauchverbots. Herr Yaskow (GSV) berichtet, dass am Hermann-Böse-Gymnasium die Schülerinnen und Schüler zum Rauchen nun in die nahe gelegenen Grünanlage gehen. Die Schülerinnen und Schüler werden dabei durch den fließenden Verkehr gefährdet und behindern ihn.

Senator Lemke sagt eine Beantwortung der Fragen zur nächsten Sitzung zu.

Frau Stahmann findet es sehr positiv, dass die institutionelle Förderung nicht gestrichen wurde. Sie regt an, die Förderziele des Gesetzes an die politischen Ziele der Weiterbildung anzupassen. Frau Hövelmann lobt, dass die Vorlage entgegen den ursprünglichen Haushaltsansätzen wesentliche Verbesserungen für die Weiterbildungseinrichtungen bedeuten. Die SPD erwartet einen Bericht der Staatsrätelenkungsgruppe über die Zukunft der Weiterbildung. Frau Allers bittet um Vorlage eines Ressortübergreifenden Konzeptes. Sie fragt, ob die ESF-Mittel - zum Beispiel durch Komplementärmittel - gesichert seien. Senator Lemke berichtet, dass nicht nur er, sondern auch die Träger mit der gefundenen Lösung insofern sehr zufrieden sind, als Planungssicherheit für 2007 hergestellt sei. Staatsrat Dr. Wewer ergänzt, dass dieses Konzept zunächst für das kommende Jahr gelte. Die ESF-Mittel sind nicht bei Bildung sondern beim Sozialressort veranschlagt. Frau Seevers erläutert, dass die

Weiterbildungsträger die Institutionelle Förderung oder eigene Mittel als Kofinanzierung für ESF-Anträge einsetzen können.

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt die Informationen zur Förderung der Weiterbildungseinrichtungen zur Kenntnis.

TOP 5 Regionaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Vorlage L 214 Bremen und Bremerhaven - Sachstand -

Frau Hövelmann bittet um einen Bericht über die Situation ausbildungsunfähiger oder –unwilliger Jugendlicher. Frau Stahmann regt an, dieses Thema im Unterausschuss ausführlich zu diskutieren.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Bildung nimmt den Bericht für das Bündnis-Plenum über den Sachstand des Regionalen Ausbildungspaktes zur Kenntnis.

TOP 6 Nutzung des Selbstevaluationsinstrumentes der Bertelsmann Vorlage L 215 Stiftung in Bremer Schulen

Frau Stahmann lobt dieses Projekt und berichtet, dass sie hierzu noch einen kleinen Fragenkatalog an das Ressort gegeben habe, der zur nächsten Sitzung beantwortet werden soll.

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt den Bericht zur Nutzung des Selbstevaluationsinstrumentes der Bertelsmann Stiftung im Land Bremen zur Kenntnis. Sie bittet um eine erneute Berichterstattung im Winter 2007.

TOP 7 Ergebnisbericht VERA 2005: Bremen und Weiterführung des Vorlage L 215 länderübergreifenden Projekts VERA ab dem Schuljahr 2006/2007

Herr Rohmeyer spricht sich dafür aus, diese Vorlage zum Anlass zu nehmen, den Blick nicht nur auf die Stadt Bremen, sondern auf das ganze Bundesland zu richten. Er fragt, welche PISA-Folgemaßnahmen in Bremerhaven umgesetzt wurden und welche eigenen Anstrengungen der Magistrat in diesem Bereich unternommen habe. Frau Hövelmann bittet, in die Erklärungsansätze auch die Schüler-Lehrer-Relation und die Wiederholerquote einzubeziehen. Frau Stahmann weist auf die schwierige Sozialsituation in Bremerhaven hin. Sie wirft die Frage auf, in welchem Verhältnis die Ausgaben in Bremerhaven und Bremen zueinander stehen. Ein Erklärungsansatz für erfolgreichen Unterricht könnte auch die Fähigkeit der Lehrkräfte sein, sich zum Beispiel in ein Team einzubinden oder die eigenen Qualifikationen gezielt zu stärken. Frau Böschen fragt, ob es richtig sei, dass beim Vergleich der Ausgaben in Bremerhaven ein Jahreswert in Bremen hingegen ein Halbjahreswert genützt werde. Herr Rohmeyer fragt, ob bei den zukünftigen Tests die Möglichkeit bestehe, die Zeiträume zwischen der Auslieferung der Testfragen und der Durchführung des Tests zu verkürzen. Senator Lemke erwidert, dass dies Ziel der Behörde sei. Prof. Dr. Weiss begrüßt den Vergleich Bremerhavens und Bremens. Er weist darauf hin, dass es sich um ein sehr komplexes Thema handelt, das einen ausreichenden Zeitrahmen zur Diskussion benötigt. Herr Willmann kritisiert die festgestellten Mängel im Bereich der Teamarbeit bei der Auswertung der Tests. Herr Köhler bittet, die Pro-Kopf-Ausgaben in Bremen und Bremerhaven detailliert darzustellen.

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt den Ergebnisbericht *VERA 2005: Bremen* und die Informationen zur Weiterführung des Projekts VERA ab dem Schuljahr 2006/2007 zur Kenntnis.

**TOP 8 Produktbereichscontrolling 2006
 Produktplan Bildung, Stand 30.06.2006**

Vorlage L 217/G 178

Frau Hövelmann erinnert an die Schwierigkeiten bei der Haushaltsaufstellung und die teilweise harten Entscheidungen die getroffen werden mussten. Die finanziellen Probleme anderer Ressorts resultieren ihrer Ansicht nach auch daraus, dass diese Ressorts die notwendigen Einschnitte noch nicht vorgenommen haben. Dies darf allerdings nicht dazu führen, dass Bildung und Wissenschaft hier einspringen. Frau Stahmann fragt, wie der Senat die Probleme vor dem Hintergrund der Klage lösen will. Die CDU habe einen Nachtragshaushalt abgelehnt, dennoch müssen die Ausgaben aber getätigt werden. Herr Rohmeyer bestätigt, dass die CDU einen Nachtragshaushalt ablehne, da auch andere Ressorts ihre Verantwortung annehmen müssen und Bildung und Wissenschaft nicht die Kosten tragen dürfen. Herr Köhler fragt, ob die Minderausgabe von 1,3 Millionen Euro realistisch sei und wie mit den Unwägbarkeiten, wie zum Beispiel dem Weihnachtsgeld, umgegangen werde. Frau Böschen weist auf den großen Unterschied der Personal- und Sachausgaben pro Schülerin/Schüler zwischen Bremen und Bremerhaven hin. Bei den persönlichen Assistenzen seien zwei weitere Fälle hinzugekommen. Frau Moning erwidert, dass die Minderausgabe in Höhe von 1,3 Millionen Euro haushaltsstellengerecht aufgelöst wurde, auch die Belastung durch das Weihnachtsgeld ist eingerechnet. Sie weist darauf hin, dass viele der beim Senator für Bildung und Wissenschaft beschäftigten Beamten in Besoldungsgruppen seien, die kein Weihnachtsgeld mehr erhalten. Sie erläutert weiter, dass die zweckgebundenen Reste einbezogen wurden, um die Budgetüberschreitung zu meistern. Die Kennzahlen für Bremerhaven wurden korrigiert, die für Bremen noch nicht. Die Kennzahlen für die persönlichen Assistentinnen und Assistenten unterliegen immer Verwerfungen durch den Schuljahreswechsel.

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt Kenntnis.

**TOP 9 Abschluss einer Ziel- und Leistungsvereinbarung mit dem Vorlage L 218/G 175
 Landesinstitut für Schule für das Schuljahr 2006/2007**

Herr Rohmeyer begrüßt die Ziel- und Leistungsvereinbarung als wichtigen Schritt für die Zukunftsfähigkeit des Landesinstitutes. Frau Schmidtke fragt nach den Perspektiven für das Medienzentrum Bremen-Nord. Herr Fleischer-Bickmann erwidert, dass in Bremen-Nord sowohl ein Medienzentrum wie auch eine Stelle für schülerbezogene Beratung aufgebaut werde. Eine Konkretisierung ist jedoch erst nach Klärung der Standortfrage möglich. Der Personalbestand könnte reduziert oder über Drittmittel projektbezogen finanziert werden. Laut Kernvereinbarung ist das schulische Geschäft das Hauptanliegen, es soll aber auch z.B. eine Kooperation mit dem ersten Lesumer Fernsehen geben. Herr Bürger fragt, wann hier mit einem Ergebnis zu rechnen ist. Herr Fleischer-Bickmann erwartet dieses in rund einem Monat. Frau Stahmann regt an, die Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern über ihre Zufriedenheit mit der schülerbezogenen Beratung zu befragen. Herr Rohmeyer bittet, zur November-Sitzung der Deputation für Bildung einen Bericht sowohl zur Standortfrage wie auch zu einem Konzept für Bremen-Nord vorzulegen. Frau Böschen fragt, ob die Formulierung „Beratungskompetenz für Lehrkräfte“ meint, dass ein Angebot für Lehrkräfte mit Problemen gemacht werde. Sie fragt nach dem aktuellen Stand der Schulbegleitforschung. Herr Fleischer-Bickmann antwortet, dass die schülerbezogene Beratung mit in die Ziel- und Leistungsvereinbarung aufgenommen wurde, wenngleich es sehr schwer ist, hier die entsprechenden Indikatoren festzulegen. Die Beratungskompetenz bezieht sich auf die vorgesehene Stärkung der Beratungslehrkräfte (analog zu den niedersächsischen Beratungslehrern). Nach Vorliegen der personellen Voraussetzung wird das für den Herbst dieses Jahres angekündigte Gesamtkonzept Schulbegleitforschung vorgelegt werden.

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt den Entwurf einer Ziel- und Leistungsvereinbarung mit dem LIS für das Schuljahr 2006/2007 zur Kenntnis.

Senator

Sprecherin

Protokollantin